

# Kreisblatt für den Kreis Gießen.

Nr. 121

3. Oktober

1916

**Betr.: Die Einfuhr von Gemüse und Obst.**

**An den Oberbürgermeister zu Gießen und an die Groß-  
Bürgermeister der Landgemeinden des Kreises.**

Die nachstehenden Bekanntmachungen sind in geeigneter Weise  
ortsüblich zu veröffentlichen.

Gießen, den 29. September 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Usinger.

## Bekanntmachung

**Über die Einfuhr von Gemüse und Obst.** Vom 13. September 1916.  
Auf Grund der Verordnung über Kriegsmassnahmen zur  
Sicherung der Volksernährung vom 22. Mai 1916 (Reichs-Gesetzbl.  
S. 401) wird verordnet:

§ 1. Wer aus dem Auslande Gemüse und Obst aller Art  
frisch, getrocknet, gedörrt, eingesäuert in irgend einer Art konser-  
viert, auch in Mischungen mit anderen Erzeugnissen, einführt,  
ist verpflichtet, den Eingang in das Inland dem an der Grenz-  
station befindlichen Bevollmächtigten der Reichsstelle für Gemüse  
und Obst, Geschäftsabteilung, G. m. b. H. in Berlin, unter An-  
gabe der Art, der Menge, der Verpackungsart und des bezahlten  
Einkaufspreises unverzüglich anzuzeigen. Falls kein Bevollmäch-  
tigter an der Grenzstation bestellt ist, ist die Anzeige telegraphisch  
an die Reichsstelle für Gemüse und Obst, Geschäftsabteilung,  
Berlin W 57, Potsdamer Straße 75 (Telegraphenadresse: Reichs-  
gemüse Berlin) zu richten. Als Gemüse im Sinne dieser Vorschrift  
gelten auch Zwiebeln, als Obst auch Tomaten, Weintrauben und  
Süßfrüchte.

Als Einführender im Sinne des Abs. 1 gilt, wer nach Ein-  
gang der Ware im Inlande zur Veräußerung über sie für eigene oder  
fremde Rechnung berechtigt ist. Befindet sich der Veräußerungs-  
berechtigte nicht im Inlande, so tritt an seine Stelle der Empfänger.

§ 2. Die Vorsteher der Grenzeisenbahnhaltungen, an denen ein  
Bevollmächtigter der Reichsstelle (§ 1) bestellt ist, haben dem Be-  
vollmächtigten durch Vorlage der Begleitpapiere unverzüglich Aus-  
kunft über die vom Ausland eintreffenden Gemüse- und Obst-  
sendungen zu erteilen.

§ 3. Waren der im § 1 genannten Art, die nach dem Inkraft-  
treten dieser Vorschriften in das deutsche Reichsgebiet eingeführt  
werden, dürfen nur durch die Reichsstelle für Gemüse und Obst,  
Geschäftsabteilung, G. m. b. H. in Berlin, oder mit deren Ge-  
nehmigung in Verkehr gebracht werden. Auf deren Verlangen sind  
solche Waren an die Reichsstelle für Gemüse und Obst, Geschäfts-  
abteilung, G. m. b. H. in Berlin, oder eine von ihr bestimmte  
Stelle zu verkaufen und zu liefern.

§ 4. Wer Waren der im § 1 genannten Art in das Reichs-  
gebiet einführt, hat sie bis zur Abnahme mit der Sorgfalt eines  
ordentlichen Kaufmanns zu behandeln, in handelsüblicher Weise  
zu verpacken und auf Abreis zu verladen.

§ 5. Die Reichsstelle für Gemüse und Obst, Geschäftsabteilung,  
G. m. b. H. in Berlin, oder ihr Bevollmächtigter (§ 1) hat un-  
verzüglich nach Empfang der Anzeige (§ 1) zu erklären, ob und wie  
über die Waren verfügt wird. Es genügt eine Erklärung gegenüber  
dem Frachtführer mit der Verfügung, wohin die Waren gesandt  
werden sollen.

Falls die Reichsstelle für Gemüse und Obst, Geschäftsabteilung,  
G. m. b. H. in Berlin, oder ihr Bevollmächtigter (§ 1) den Ver-  
kauf und die Lieferung an die Reichsstelle verlangt (§ 3), geht  
das Eigentum an den Waren auf die Reichsstelle für Gemüse und  
Obst, Geschäftsabteilung, G. m. b. H. in Berlin, mit dem Zeitpunkt  
über, in dem die Erklärung dem Verpflichteten oder dem Gewahr-  
samhaber zugeht.

§ 6. Die Reichsstelle für Gemüse und Obst, Geschäftsabteilung,  
G. m. b. H. in Berlin, setzt im Falle des § 5 Abs. 2 den Ver-  
kaufspreis nach Entladung an dem von ihr oder ihrem Bevoll-  
mächtigten festgelegten Bestimmungsort der Waren endgültig fest.

Die Zahlung erfolgt in der Regel sofort nach der Entladung  
am Bestimmungsorte, spätestens jedoch acht Tage danach.

§ 7. Streitigkeiten, die sich zwischen den Beteiligten aus der  
Anwendung der vorstehenden Vorschriften ergeben, werden end-  
gültig von der höheren Verwaltungsbehörde des von der Reichsstelle  
für Gemüse und Obst, Geschäftsabteilung, G. m. b. H. in Berlin,  
oder ihrem Bevollmächtigten festgelegten Bestimmungsortes der  
Waren entschieden.

§ 8. Ausgenommen von den Vorschriften dieser Verordnung  
sind geringfügige Mengen, die als Reiseverproviant oder im Grenz-  
verkehr aus dem Ausland eingeführt werden, sofern die Einfuhr  
nicht zu Handelszwecken erfolgt.

Weitere Ausnahmen kann der Reichskanzler anordnen.

§ 9. Die Landeszentralbehörden bestimmen, wer als höhere  
Verwaltungsbehörde im Sinne dieser Verordnung anzusehen ist.

§ 10. Mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geld-  
strafe bis zu zehntausend Mark oder mit einer dieser Strafen wird  
bestraft:

1. wer die im § 1 vorgeschriebene Anzeige nicht, nicht recht-  
zeitig oder unvollständig erstattet;
2. wer entgegen der Vorschrift in § 3 Waren in den Ver-  
kehr bringt oder die Lieferung der Ware verweigert;
3. wer den Vorschriften im § 4 zuwiderhandelt.

Neben der Strafe können die Gegenstände, auf die sich die  
strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter  
gehören oder nicht, eingezogen werden.

§ 11. Der Präsident des Kriegsernährungsamts bestimmt den  
Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verordnung.

Berlin, den 13. September 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.

Dr. Helfferich.

## Bekanntmachung

**Über das Inkrafttreten der Bekanntmachung über die Einfuhr  
von Gemüse und Obst vom 13. Sept. 1916.** Vom 20. Sept. 1916.

Die Bekanntmachung über die Einfuhr von Gemüse und Obst  
vom 13. September 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 1015) tritt mit  
dem 27. September 1916 in Kraft.

Berlin, den 20. September 1916.

Der Präsident des Kriegsernährungsamts,  
von Batocki.

## Bekanntmachung

**Über die Einfuhr von Gemüse und Obst.** Vom 25. Sept. 1916.

Höhere Verwaltungsbehörde im Sinne der Bekanntmachung  
des Stellvertreters des Reichskanzlers vom 13. September 1916  
(Reichs-Gesetzbl. S. 1015) ist der Provinzialausschuß.

Darmstadt, den 25. September 1916.

Großherzogliches Ministerium des Innern.  
v. Homberg.

## Bekanntmachung

In Abänderung unserer Bekanntmachung vom 5. Oktober 1915  
über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Verfor-  
gungsregelung wird auf Grund der §§ 3 Absatz 5 und 21 der Ver-  
ordnung des Bundesrats über die Errichtung von Preisprüfungs-  
stellen und die Versorgungsregelung vom 25. September 1915  
(Reichs-Gesetzbl. S. 607) folgendes bestimmt:

§ 1. Zol § 1 der Ausführungs-Bekanntmachung vom 5. Oktober  
1915 tritt an Stelle von

- a) Absatz 1 folgende Vorschrift: „Kommunalverbände sind die  
Provinzen und die Kreise.“
- b) Absatz 4 „Vorstand des Kommunalverbandes ist, insoweit  
eine Provinz in Frage kommt, der Provinzialdirektor oder  
dessen Stellvertreter, im übrigen der Kreisrat oder dessen  
Stellvertreter.“

§ 2. § 2 Absatz 2 der Ausführungs-Bekanntmachung vom  
5. Oktober 1915 wird abgeändert, wie folgt:

Vor Beratung der unter Ziffer 1 genannten Mitglieder sind  
die Landwirtschaftskammer, Handelskammer und zuständigen  
Handelskammern, vor Beratung der unter Ziffer 2 genannten  
Mitglieder sind, falls ein Kommunalverband bei Errichtung der  
Preisprüfungsstelle in Betracht kommt, der beteiligte Kreis- oder  
Provinzialausschuß, andererseits die beteiligten Stadt- und Ge-  
meindevertretungen zu hören. Sind mehrere Kommunalverbände  
beteiligt, so sind die beteiligten Kreis- und Provinzialausschüsse zu  
hören.

§ 3. Insoweit eine Preisprüfungsstelle für eine Provinz beim  
Inkrafttreten dieser Bekanntmachung mit unserer Genehmigung  
bereits errichtet ist, behält es bei den für ihre Errichtung getroffenen  
Entscheidungen und Anordnungen sein Bestehen.

Darmstadt, den 18. September 1916.

Großherzogliches Ministerium des Innern.  
v. Homberg.

## Bekanntmachung

**Betr.: Behandlung von Zurückstellungs-, Versicherungs-  
und Verurlaubungsgefällen.**

Es heften sich in letzter Zeit die Fälle, daß beim stell-  
vertretenden Generalkommando 18. Armee-Korps und bei  
den Ersatztruppenteilen Zurückstellungs-, Versicherungs- und  
Verurlaubungsgefälle eingehen, die nicht entsprechend den er-  
lassenen Vorschriften bearbeitet sind.

Es wird hiermit erneut darauf hingewiesen, daß die  
Gefälle bei dem Unterzeichneten einzureichen sind.

Gießen, den 26. September 1916.

Der Zivilvorsteher der Kriegskommission des Kreises  
Gießen.

J. B. Hemmerde.



# Bekanntmachung

Über die Verfütterung von Hafer an Zugkühe und an Ziegenböcke.  
 Vom 15. September 1916.

Auf Grund des § 6 Abs. 2 d der Bekanntmachung über Hafer aus der Ernte 1916, vom 6. Juli 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 811) und des § 1 der Bekanntmachung über die Errichtung eines Kriegsernährungsamts vom 22. Mai 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 402) wird folgendes bestimmt:

I. Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe, die in Ermangelung anderer Spanntiere ihre Kühe zur Feldarbeit verwenden müssen, dürfen in der Zeit bis 30. November 1916 einschließlich an ein Gespann, das ist an höchstens zwei zur Feldarbeit verwendete Kühe, mit Genehmigung der zuständigen Behörde Hafer aus ihren Vorräten verfüttern. Die Hafermenge, die verfüttert werden darf, wird auf 1 Zentner für die Kuh auf den ganzen Zeitraum bestimmt. Bei Kühen, die nicht während des ganzen Zeitraums gehalten werden oder für die die Verfütterungsgenehmigung nicht auf den ganzen Zeitraum verteilt wird, ermäßigt sich diese Menge um 1 1/2 Pfund für jeden fehlenden Tag.

II. Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe, die Ziegenböcke halten, welche während der beginnenden Deckperiode zur Zucht Verwendung finden, dürfen in der Zeit bis zum 31. Dezember 1916 einschließlich an diese Ziegenböcke mit Genehmigung der zuständigen Behörde Hafer aus ihren Vorräten verfüttern. Die Hafermenge, die verfüttert werden darf, wird auf 1 Zentner für den Ziegenbock auf den ganzen Zeitraum bestimmt. Bei Ziegenböcken, die nicht während des ganzen Zeitraums gehalten werden oder für die die Verfütterungsgenehmigung nicht auf den ganzen Zeitraum verteilt wird, ermäßigt sich diese Menge um 1 Pfund für jeden fehlenden Tag.

III. Die Landeszentralbehörden bestimmen, wer als zuständige Behörde im Sinne von I und II anzusehen ist.

Berlin, den 15. September 1916.

Der Präsident des Kriegsernährungsamts,  
 v. Batocki.

# Bekanntmachung

Über die Verfütterung von Hafer an Zugkühe und an Ziegenböcke.  
 Vom 23. September 1916.

Auf Grund von III der Bekanntmachung des Präsidenten des Kriegsernährungsamts vom 15. September 1916 über die Verfütterung von Hafer an Zugkühe und an Ziegenböcke wird folgendes bestimmt:

Zuständige Behörde im Sinne von I. und II. dieser Bekanntmachung ist das Kreisamt.

Darmstadt, den 23. September 1916.

Großherzogliches Ministerium des Innern.  
 v. Homberg.

Betr.: Die Durchführung der Verordnung über Hafer.

An die Grohh. Bürgermeisterien der Landgemeinden des Kreises.

Nachdem durch Erlass der Reichsfuttermittelstelle bestimmt worden ist, daß auch an Einhufer, Zuchtbullen und Arbeitsochsen, die nicht von Hafererzeugern gehalten werden, erhöhte Hafermengen verfüttert werden dürfen, und durch die vorstehende Bekanntmachung eine abermalige Erweiterung der Verfütterungsmöglichkeit gegeben worden ist, wird unsere Bekanntmachung vom 30. August 1916 (Kreisblatt Nr. 107 vom 2. September) hiermit zurückgezogen und folgendes bestimmt:

## 1. Futtermengen.

Es dürfen verfüttert werden:

- an jeden Einhufer in der Zeit vom 1. 9. 1916 bis 31. 12. 1916 5 1/2 Zentner für den ganzen Zeitraum, an einem Tag im Durchschnitt 4,5 Pfund,
- an jeden Zuchtbullen in der Zeit vom 1. 9. 1916 bis 31. 12. 1916 3,0 Zentner für den ganzen Zeitraum, an einem Tag im Durchschnitt 2,5 Pfund,
- an jeden Arbeitsochsen in der Zeit vom 1. 9. 1916 bis 31. 12. 1916 3,0 Zentner für den ganzen Zeitraum, an einem Tag im Durchschnitt 2,5 Pfund,
- an jeden Zuchtziegenbock in der Zeit vom 15. 9. 1916 bis 31. 12. 1916 1,0 Zentner für den ganzen Zeitraum, an einem Tag im Durchschnitt 1,0 Pfund,
- an höchstens zwei Arbeitskühe eines landwirtschaftlichen Betriebes in der Zeit vom 15. 9. 1916 bis 30. 11. 1916 1,0 Str. für eine Kuh für den ganzen Zeitraum, an einem Tag im Durchschnitt 1,5 Pfund.

## 2. Beschaffung des Hafers.

Landwirte, die Hafer selbst gezogen haben, sind berechtigt, die vorstehenden Mengen für die unter a—d genannten Tiere aus ihren Vorräten ohne weiteres zu entnehmen. Für Arbeitskühe ist bei Mangel anderer Arbeitstiere ein entsprechender Antrag bei der Bürgermeisterei des Ortes zu stellen. Tierhalter, die Hafer nicht selbst gezogen haben, sind im Wege des Ausgleichs durch die Bürgermeistereien mit Hafer zu versehen. Auch ist hier unter der nämlichen Bedingung, daß andere Arbeitstiere nicht zur Verfügung stehen, für höchstens zwei Arbeitskühe ein entsprechender Antrag zulässig.

Die Bürgermeistereien haben den Ausgleichshafer aus ihrem Gemeindebezirk zu decken und zu verteilen, ohne daß jedesmalige vorherige Antragstellung bei uns erforderlich ist.

Der jeweilig gültige Höchstpreis für Hafer ist bei An- und Verkäufen genau einzuhalten (§. 28 M. für den Doppelzentner).

## 3. Listenföhrung.

Wer Hafer an höchstens zwei zur Feldarbeit benutzte Kühe verfüttern will, hat bei Mangel anderer Arbeitstiere entsprechenden Antrag bei der Bürgermeisterei zu stellen. Diese hat den Antrag in einer doppelt anzulegenden Liste einzutragen, die folgende Spalten zu umfassen hat:

Ord.-Nr.	Zuname	Vorname	Anzahl der					Dauer der Feldarbeit: (Anzahl der Tage.)  Kommt nur bei der Be- rechnung der Pferdemenge für Arbeits- kühe in Be- tracht. Sonst nicht!	Menge des erforder- lichen Hafers.  (Nach den vorstehend ausgeführten Sätzen ein- zutragen.)				Bemerkungen:  Namens- unterschrift als Bestätigung der Richtigkeit der Angaben und Antrag für Pferdeverorgung von Arbeits- kühen in Er- mangelung anderer Zugtiere
			Einhufer:	Zucht- bullen:	Arbeits- ochsen:	Ziegen- böcke:	Arbeits- kühe:						
			Verforgt vom 1. 9. bis 31. 12. 16.	Verforgt vom 1. 9. bis 31. 12. 16.	Verforgt vom 1. 9. bis 31. 12. 16.	Verforgt vom 15. 9. bis 31. 12. 16.	Verforgt vom 15. 9. bis 30. 11. 16.						
2	8		4a	4b	4c	4d	4e	5	6	7	8	9	10

Ueber die Listenföhrung selbst wird Ihnen alsbald eine Umdruckverfügung mit Muster-Einträgen zugehen.

## 4. Zeildauer.

Die vorstehenden Bestimmungen gelten lediglich bis zum 31. Dezember 1916, für Arbeitskühe nur bis zum 30. Novbr. 1916. Wiesn, den 28. September 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Ufinger.

## Bekanntmachung

betreffend Aenderung der Bekanntmachung über die Sicherstellung von Kriegsbedarf vom 24. Juni 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 357).  
 Vom 14. September 1916.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen:

Artikel I. Die Bekanntmachung über die Sicherstellung von Kriegsbedarf vom 24. Juni 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 357) wird dahin geändert:

1. Im § 2 wird hinter Abs. 2 als Abs. 3 folgende Vorschrift eingefügt:

Aus dem Uebnahmepreise sind die Ansprüche dritter Personen, die auf die enteigneten Gegenstände Aufwendungen gemacht haben, oder denen an diesen Gegenständen ein dingliches Recht oder ein Zurückbehaltungsrecht zuzustand, vorweg zu befriedigen, soweit solche Ansprüche bis zur Festsetzung des Uebnahmepreises bei dem Schiedsgericht angemeldet und glaubhaft gemacht sind.

2. Der § 3 wird durch folgende Vorschrift ersetzt:

Das Schiedsgericht entscheidet in einer Besetzung von einem Vorsitzenden und vier Beisitzern.

Es anzunehmen, daß der festzusetzende Uebnahmepreis den Betrag von eintausend Mark nicht übersteigen werde, so genügt die Zuziehung von zwei Beisitzern.



Der Vorsitzende kann im Einverständnis mit dem zuständigen Kriegsministerium oder dem Reichs-Marineamt bereits vor der Entscheidung des Schiedsgerichts die Ueberweisung von Abschlagszahlungen veranlassen. Der Gesamtbetrag der Abschlagszahlungen darf den von dem Kriegsministerium oder dem Reichs-Marineamt als Friedenspreis bezeichneten Preis nicht übersteigen.

Der Vorsitzende wird vom Reichskanzler ernannt. Die Beisitzer werden vom Vorsitzenden berufen, und zwar drei auf Vorschlag des Deutschen Handelstages, der vierte auf Vorschlag derjenigen amtlichen Vertretung des Handels, in deren Bezirk sich die Gegenstände ganz oder zum Teil befinden. Im Falle des Abs. 2 kann der Vorsitzende diejenige amtliche Vertretung des Handels um Vorschlag der Beisitzer ersuchen, in deren Bezirke die Sitzung des Schiedsgerichts stattfinden soll.

Wird zu einer Sitzung des Schiedsgerichts die Zuziehung anderer als der zunächst berufenen Beisitzer erforderlich, so kann der Vorsitzende zur Vermeidung einer Verzögerung oder einer erheblichen Verzögerung des Beginns der Sitzung Hilfsbeisitzer zuziehen. Als Hilfsbeisitzer soll nur berufen werden, wer von dem Deutschen Handelstag oder in einem anderen Verfahren vor dem Schiedsgerichte von einer amtlichen Vertretung des Handels als Beisitzer vorgeschlagen worden ist oder wer zum Richteramt befähigt ist.

Der Reichskanzler erläßt die näheren Bestimmungen.

Die Kosten des Schlichtungsverfahrens fallen dem Reiche zur Last.

3. Im § 8 wird hinter Absatz 1 folgender Absatz 2 eingefügt:

Die §§ 2 und 3 finden keine Anwendung auf Gegenstände, die vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung bereits in den von deutschen Truppen besetzten feindlichen Gebieten von Militär- oder Marinebehörden einschließlich der Befehlshaber beschlagnahmt worden sind. Der Beschlagnahme steht es gleich, wenn eine militärische Dienststelle sich in den Gewahrsam der Gegenstände gesetzt oder sonstwie tatsächlich über sie verfügt hat.

Artikel II. Die Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 14. September 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.

Dr. Helfferich.

#### Bekanntmachung

betreffend Aenderung der Verordnung über Preisbeschränkungen bei Verkäufen von Web-, Wirt- und Strichwaren vom 30. März 1916 (Reichs-Gesetzblatt S. 214). Vom 14. September 1916.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen:

Artikel I. Die Verordnung über Preisbeschränkungen bei Verkäufen von Web-, Wirt- und Strichwaren vom 30. März 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 214) erhält als § 3a folgende neue Vorschrift: Auf Antrag der zuständigen Behörde prüft das Schiedsgericht die Angemessenheit der in einzelnen Geschäftsbetrieben für bestimmte Waren erzielten Preise nach. Ergibt sich dabei, daß der erzielte Preis die Grenzen des § 1 Abs. 1 überschreitet oder, obwohl er sich in diesen Grenzen hält, unangemessen hoch ist, so hat das Schiedsgericht von dem Inhaber des Geschäftsbetriebes zugunsten des Reiche einen Betrag einzuziehen, der dem Ueberschuss aller in dem Geschäftsbetrieb in den Verkehr gebrachten Waren der betreffenden Art entspricht. Die Nachprüfung soll auf eine mehr als drei Monate zurückliegende Zeit nicht erstreckt werden. Die Vorschrift des § 2 Abs. 3 findet Anwendung.

Artikel II. Die Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens.

Berlin, den 14. September 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.

Dr. Helfferich.

#### Bekanntmachung

über die nach der Bekanntmachung über Preisbeschränkungen bei Verkäufen von Web-, Wirt- und Strichwaren vom 30. März 1916 (Reichs-Gesetzblatt S. 214) zu errichtenden Schiedsgerichte.

Vom 14. September 1916.

Die Ausführungsbestimmungen über die nach der Bekanntmachung über Preisbeschränkungen bei Verkäufen von Web-, Wirt- und Strichwaren vom 30. März 1916 (Reichs-Gesetzblatt S. 214) zu errichtenden Schiedsgerichte vom 30. März 1916 (Reichs-Gesetzblatt S. 216) werden wie folgt geändert:

1. Im § 14 wird der Abs. 2 Satz 2 gestrichen.

2. Es wird folgende Vorschrift als § 15 aufgenommen:

Die Beitreibung der zugunsten des Reiche einzuziehenden Beträge, sowie der festgesetzten Auslagen erfolgt auf Ersuchen des Vorsitzenden des Schiedsgerichts nach den landesgesetzlichen Vorschriften über die Beitreibung öffentlicher Abgaben.

Berlin, den 14. September 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.

Dr. Helfferich.

#### Bekanntmachung.

Ausländische Behörde im Sinne von Artikel 1 der Verordnung des Bundesrats vom 14. September 1916, betreffend Aenderung der Verordnung über Preisbeschränkungen bei Verkäufen von Web-, Wirt- und Strichwaren vom 30. März 1916, sind in den Städten von über 20 000 Einwohnern die Oberbürgermeister, im übrigen die Kreisämter.

Darmstadt, den 25. September 1916.

Großherzogliches Ministerium des Innern.

v. Homberg.

#### Bekanntmachung.

Betr.: Höchst- bzw. Richtpreise.

Für den Einkauf und Verkauf von inländischen Landeiern gelten bis auf weiteres folgende Preise als Richtpreise:

Eier im Einkauf auf dem Lande 22 Bfg.

" " Verkauf an die Verbraucher 24—25 "

" " in den Ladengeschäften 26 "

Händler und Händlerinnen haben bei Nichteinhaltung der oben festgesetzten Preise die Entziehung der Ausweiskarte neben etwaiger anderer Bestrafung zu erwarten.

Gießen, den 25. September 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Usinger.

An den Oberbürgermeister zu Gießen und die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Obenstehende Bekanntmachung ist ortsüblich zu veröffentlichen. Händler, Händlerinnen und die betreffenden Geschäfte sind auf die Bekanntmachung besonders hinzuweisen.

Gießen, den 25. September 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Usinger.

#### Bekanntmachung.

Betr.: Bestellung von Vertrauensmännern für die land- und forstwirtschaftliche Berufsgenossenschaft.

Wir bringen zur allgemeinen Kenntnis, daß Rudolf Köhler in Hungen zum Vertrauensmann für diesen Bezirk und Gutspäcker Ferdinand Kammer, daselbst, zum Stellvertreter ernannt worden sind, sowie

Ortsgerichtsvorsteher Georg Simon in Gießen zum Stellvertreter des Vertrauensmannes im Bezirk Gießen, Beigeordneter Heinrich Müller VII. in Birklar zum Stellvertreter für den Bezirk Lich und

Gemeinderatsmitglied Georg Prug in Lindenstruth zum Stellvertreter im Bezirk Grünberg.

Gießen, den 25. September 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Usinger.

#### Bekanntmachung.

Betr.: Feldbereinigung Münster und Ettingshausen.

In der Zeit vom 10. bis einschließlich 23. Oktober lfd. Jz. liegen auf Großh. Bürgermeisterei Münster zur Einsicht der Beteiligten offen:

1. der Sonderentwurf über Herstellung von Gräben in Flur V und VI,

2. der Sonderentwurf über Verbesserung der Wiesen in Flur III der Gemarkung Münster und Flur II der Gemarkung Ettingshausen einschließlich Regulierung des Wessersbaches,

3. der Sonderentwurf zum Durchstich des Wessersbaches zwischen Kreisstraße und Wetter,

4. Abschrift der Beschlüsse vom 7. August lfd. Jz. zu obigen Entwürfen und über Weg 16 nebst Lageplan,

5. Abschrift des Prüfungsprotokolls vom 20. September 1916.

Termin zur Erhebung von Einwendungen hiergegen findet daselbst, Dienstag, den 24. Oktober lfd. Jz., vormittags von 10 bis 11 Uhr statt, wozu ich die Beteiligten mit dem Anfügen einlade, daß die Nichterscheinenden mit Einwendungen ausgeschlossen sind. Die Einwendungen sind schriftlich und mit Gründen versehen, einzureichen.

Friedberg, den 20. September 1916.

Der Großherzogliche Feldbereinigungskommissär:

Schnittspahn, Regierungsrat.

#### Bekanntmachung.

Betr.: Feldbereinigung in der Gemarkung Queckborn; hier Drainagekosten.

In der Zeit vom 6. bis einschließlich 13. Oktober lfd. Jz. liegen werktags auf Großh. Bürgermeisterei Queckborn die beiden Ausschläge der Pläne für Drainagekosten zur Einsicht der Beteiligten offen.

Einwendungen hiergegen sind bei Meldung des Ausschusses innerhalb der oben angegebenen Offenlegungsfrist bei Großh. Bürgermeisterei Queckborn schriftlich und mit Gründen versehen einzureichen.

Friedberg, den 17. September 1916.

Der Großherzogliche Feldbereinigungskommissär:

Schnittspahn, Regierungsrat.



## Bekanntmachung.

**Betr.: Regelung der Fleischverbrauchs; hier: Ausführung der Verordnung vom 21. August 1916.**

Gemäß § 3 der Verordnung über die Regelung des Fleischverbrauchs vom 21. August 1916 (Kreisblatt Nr. 113) wird mit Genehmigung des Ministeriums des Innern vom 27. September 1916 zu Nr. M. d. F. III. 18 244 für den Bezirk des Kommunalverbands des Gießen umschrieben der besonderen für die Stadt Gießen erlassenen Vorschriften folgendes bestimmt:

1. (Zu §§ 1 und 2 der Verordnung.) Der Verbrauchsregelung unterliegen nicht Gänse, Flugwild und das zahme Geflügel mit Ausnahme der Hühner, zu denen auch Kapannen und Pülden, dagegen nicht Truthähne und Perlhühner gehören. Ebenso wenig unterliegt der Verbrauchsregelung das Fleisch von Fiegen und Werdern.

Die Verbrauchsregelung umfasst auch ausländische Fleischwaren, insbesondere Konserven und Dauerware.

2. (Zu § 3 der Verordnung.) Die Verbrauchsregelung für die Stadt Gießen wird dem Oberbürgermeister zu Gießen übertragen.

3. (Zu § 4.) Die Bestimmung, wonach Fleisch und Fleischwaren entgeltlich oder unentgeltlich an die Verbraucher nur gegen Fleischkarten abgegeben werden dürfen, gilt für jede Abgabe von Fleisch an Verbraucher.

4. (Zu § 5 der Verordnung.) Von den Messern darf nur an Ortsinsassen oder Insassen der zur Versorgung zugeordneten Orte Fleisch verabreicht werden.

5. (Zu § 7 der Verordnung.) Die Fleischkarten werden vom Kommunalverband den Gemeinden für die Dauer eines Monats übermittelt. Sie bestehen aus Vollkarten und Kinderkarten. Anstatt der Kinderkarte kann für je 2 Kinder desselben Haushalts eine Vollkarte verwendet werden. Die Druckkosten werden auf die Gemeinden anteilmäßig ausgelagert. Die Ausgabe der Karten geschieht durch die Gr. Bürgermeistereien. Selbstversorger haben die Fleischkarten entsprechend den Bestimmungen der §§ 9, 10 und 11 der Verordnung zurückzuliefern; in welchen Zeiträumen die Anrechnung und Rücklieferung zu erfolgen hat, bestimmt die Großh. Bürgermeisterei.

6. (Zu § 6 der Verordnung.) Die, entsprechend der Forderung durch den Oberhessischen Viehhändlerverband, sich ergebende Höchstmenge der Belieferung wird wöchentlich durch den Kommunalverband oder in seinem Auftrag durch die Bürgermeisterei festgestellt; hierbei ist Schlachtviehfleisch mit eingewachsenen Knochen zugrunde gelegt. Bei einer Höchstmenge von wöchentlich 250 Gramm entfallen auf die einzelnen Abschnitte also 25 Gramm solchen Fleisches, von Fleisch ohne Knochen u. v. n., nur 20 Gramm, dagegen von Wild u. v. n. 50 Gramm. Bei Hühnern wird jedes Stück mit 400 Gramm bzw. 200 Gramm auf die Fleischkarte angedreht. Falls infolge unzureichender Viehlieferung die Höchstmenge herabgesetzt werden muß, erhält der einzelne Abschnitt einen entsprechend geringeren Wert. Die Durchschnittsgewichte für die Hühner bleiben in solchen Fällen dabei unverändert. Der Kommunalverband hat das Recht, die Höchstmenge nur für einzelne Fleischarten herabzusetzen. Die festgesetzte Höchstmenge ist alsbald in der Gemeinde ortsüblich bekannt zu machen.

Ein Anspruch auf den Bezug der Höchstmenge wird durch die Fleischkarte nicht begründet.

In den Gemeinden, in denen seither Kundenlisten eingeführt waren, können dieselben bestehen bleiben. In diese Kundenliste hat der Messer alle Haushaltungen und selbständige Einzelpersonen einzutragen, die

a) bisher schon regelmäßig Fleisch aus der Messerei bezogen haben,

b) die Eintragung mit der Erklärung beantragen, daß sie künftig ihren Fleischbedarf in der betreffenden Messerei decken wollen. Die Kundenliste unterliegt der Überwachung seitens der Ortspolizeibehörde. Die Eintragung in die Kundenliste mehrerer Messereien ist verboten. Die Ortspolizeibehörde kann eine Höchstzahl von Kunden für jede Messerei festlegen.

7. (Zu § 8 der Verordnung.) Die seitherige Einteilung der Landgemeinden des Kreises in Schlachtbezirke derart, daß die Hauptorte mit anässigen Messern die für sie bestimmten Unterorte mit Fleisch zu beliefern haben, bleibt bestehen.

Die Einteilung der Bezirke kann jederzeit durch das Kreisamt geändert werden. In den Schlachtbezirken haben die Bürgermeistereien der Hauptorte den Empfang der Schlachtware durch die Messer und die Verteilung zum Schlachten entsprechend den seitherigen Bestimmungen zu regeln. Die Messer sind verpflichtet, dieser Regelung Folge zu leisten.

Die Großh. Bürgermeistereien haben wöchentlich Art, Stückzahl und Schlachtgewicht des angelieferten Viehs dem Kommunalverband zu melden.

8. (Zu § 8 der Verordnung.) Gast- und Schankwirtschaften, Fremdenhäuser (Pensionen) und Speisehallen erhalten auf Anforderung von der zuständigen Bürgermeisterei besondere Bezugsscheine. Der Bedarf wird für die ersten vier Wochen nach Inkrafttreten dieser Bestimmungen nach der voraussichtlichen Anzahl der zu versorgenden Personen und der spätere Bedarf nach dem für den Zeitraum eines Monats abgelieferten Fleischkarten fest-

gestellt. Über die Ausstellung der Bezugsscheine hat die zuständige Bürgermeisterei eine Liste zu führen.

9. (Zu § 8 der Verordnung.) Die Messer haben die eingenommenen Fleischkarten zu sammeln und in Umschlägen vereinigt, wöchentlich am Ende der Bezugswoche bei der Bürgermeisterei abzuliefern. Die Betriebe, die sich lediglich mit der Verköstigung von Personen befassen, haben die erhaltenen Fleischkarten ebenfalls zu sammeln und wöchentlich zum vorgenannten Zeitpunkt bei der zuständigen Bürgermeisterei abzuliefern.

Der Oberbürgermeister zu Gießen und die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden haben die gesammelten Fleischkarten alsbald monatlich jeden 27. an das Kreisamt einzusenden unter Angabe der Stückzahl.

10. (Zu § 8 der Verordnung.) Nach der entgegen den Bestimmungen des letzten Verteilungsplanes von der Landesfleischstelle neuerdings getroffenen Anordnung sollen die Lazarette und sonstige mit Militär belegten Krankenhäuser, ebenso auch die Kriegsgefangenen, Arbeitskommandos von über 100 Mann, bis auf weiteres durch den Kommunalverband beliefert werden. Die Belieferung dieser Anstalten und Betriebe erfolgt unabhängig von der Versorgung der Zivilpersonen auf Grund der angeordneten vollen Zuweisung von Schlachtvieh seitens des Oberhessischen Viehhändlerverbandes; eine Kürzung der auf die Zivilbevölkerung entfallenden Menge zugunsten einer etwaigen unzureichenden Belieferung der genannten Betriebe darf deshalb künftig nicht mehr erfolgen.

11. (Zu § 12 der Verordnung.) Die Ausfuhr von Fleisch und Fleischwaren, mit Ausnahme von Wild und Hühnern aus dem Kreise Gießen ist nur mit Genehmigung des Kreisamtes zulässig.

12. Zuwiderhandlungen werden gemäß § 14 der Verordnung über Regelung des Fleischverbrauchs vom 21. August 1916 bestraft.

13. Die Bestimmungen treten am 2. Oktober 1916 in Kraft. Gießen, den 30. September 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen. Dr. Usinger.

**Betr.: Fleischversorgung im Kreise Gießen.**

**An die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises**

Vorstehende Verbrauchsregelung wollen Sie alsbald ortsüblich bekannt machen. Die Fleischkarten sind Ihnen zugegangen. Auf Biffer 9 Absatz 2 machen wir besonders aufmerksam. Die wöchentlich auf den Kopf zur Verteilung kommende Fleischmenge (Schlachtviehfleisch mit eingewachsenen Knochen) wird zurzeit entsprechend der Anlieferung auf 150 Gramm festgesetzt. Auch dies ist ortsüblich bekannt zu machen unter besonderer Bedeutung der Messer. Diese haben in ihrem Laden eine Tafel mit der Aufschrift der jedesmaligen zur Verteilung kommenden Menge aufzuhängen. Anträge und Anfragen sind zu richten an Kommunalverband Gießen, Kreisverordnungsstelle, Abteilung Fleischverteilung.

Gießen, den 30. September 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen. Dr. Usinger.

**Betr.: Kartoffelversorgung.**

**An den Oberbürgermeister zu Gießen und an die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.**

Gemäß Biffer 2 Absatz 4 des Ausschreibens vom 14. September 1916 (Kreisblatt Nr. 115) teilen wir die Namen der Sachverständigen mit:

1. Landtagsabgeordneter Renschel, Oberhörn,
2. Oekonomierat Klinghöffer, Hof-Graf,
3. Leopold Mayer, Gießen,
4. Louis Wetterhahn, Gießen.

Gießen, den 29. September 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen. Dr. Usinger.

**Betr.: Kartoffelversorgung.**

**An die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.**

Wir erinnern an alsbaldige Erledigung der zu Biffer 11 der Verbrauchsregelung (Kreisblatt Nr. 115) geforderten Berichtserstattung über Aufertigung der Liste.

Gießen, den 29. September 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.  
Dr. Usinger.

**Dienstmacht des Großh. Kreisamts Gießen.**

**An die Großh. Kreisämter der Provinz Oberhessen.**

Wir teilen Ihnen ergebenst mit, daß im Einverständnis mit Großherzoglichem Ministerium des Innern Herr Landtagsabgeordneter Wilhelm Renschel in Oberhörn zu unserem weiteren Vertrauensmann für die Provinz Oberhessen, insbesondere für die Molkereien, bestellt wurde. Wir ersuchen ergebenst diese Bestellung in dem Amtsverordnungsblatt Ihres Kreises zur öffentlichen Kenntnis zu bringen.

Darmstadt, den 26. September 1916.

Kommunalverband für Milch- und Speisefettversorgung Großherzogtum Hessen.

Der Vorsitzende: v. Fsenburg.